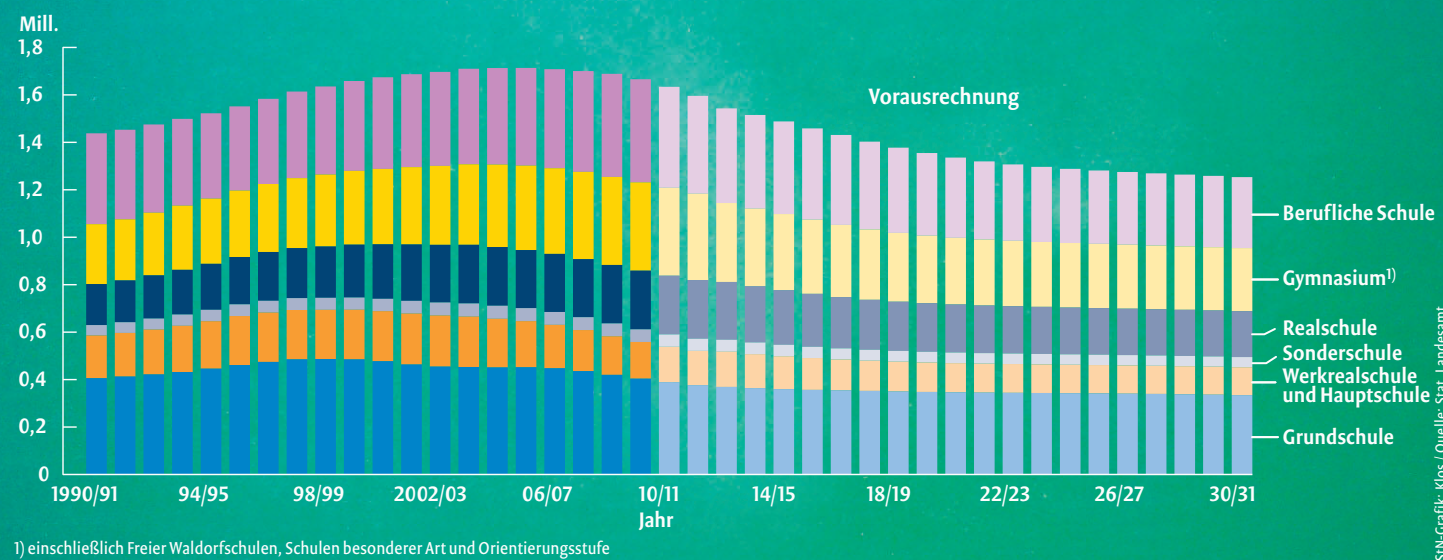


BILDUNG

Schülerentwicklung in Baden-Württemberg

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen und privaten Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2030/31
Basis: Landesvorausrechnung der Bevölkerungsentwicklung 2009



Schule im Wandel: Mit den sinkenden Schülerzahlen steigen nicht nur die Erwartungen an die Absolventen, sondern auch an das Schulsystem

Foto: Fotolia

Eine Charmeoffensive soll den Schulfrieden sichern

Achtjähriges Gymnasium und Werkrealschule bleiben auch für Kultusministerin Schick Großbaustellen

Die Landesregierung setzt auf Bildung. Denn dieses Thema spielt bei Landtagswahlen eine wichtige Rolle – das haben Länder wie Hessen und Bayern schmerzlich zu spüren bekommen.

VON MARIA WETZEL

STUTTGART. Gleich beim Regierungsantritt vor einem Jahr zog Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) die Notbremse: Er holte sich eine neue Kultusministerin – Marion Schick. Die Wirtschaftsprofessorin aus München soll die Bildungspolitik besser vermitteln. Er sei überzeugt, „dass man den Eltern Ängste nehmen kann, wenn man noch besser erklärt, was wir tun“, so Mappus.

Das war Schicks Vorgänger Helmut Rau nicht gelungen. Obwohl die Landesregierung 2008 beschlossen hatte, bis 2013 insgesamt 530 Millionen Euro zusätzlich in die Bildung zu investieren – für kleinere Klassen, Nachhilfe an Gymnasien, Werkrealschulen, mehr Zeit für Schulleiter – riss die Kritik von Eltern und Lehrern nicht ab. Bei einer Umfrage im Januar 2010 gaben nur 27 Prozent der Befragten an, von der so genannten Qualitätsoffensive gehört zu haben. Mit einer 2,5 Millionen Euro teuren Werbekampagne wollte Rau das ändern – doch Mappus setzte lieber auf ein neues Gesicht.

Denn kurz zuvor waren auch noch die Spitze des Landeselternbeirats (LEB) aus Protest gegen die Schulpolitik zurückgetreten. „Die Realitätsferne von Teilen der Landesregierung und der CDU-Spitze ist erschreckend“, sagte LEB-Landeschefin Christiane Staab, selbst CDU-Mitglied. Sie zielte damit nicht nur auf Finanzminister Willi Stächele (CDU), der Lehrerstellen streichen wollte, sondern auch auf Rau. Dieser hatte sich am Oberhain unbeliebt gemacht, weil er Französisch als erste Pflichtfremdsprache am Gymnasium durchsetzen wollte – der Verwaltungsgerichtshof

bremste ihn. Auch konnte er die jahrelangen Auseinandersetzungen um das achtjährige Gymnasium und die Hauptschule/Werkrealschule nicht beenden.

Sie wolle den Dialog mit Eltern und Lehrern suchen, versprach Schick bei ihrem Regierungsantritt. Seitdem reist sie durch die Wahlkreise, hört Eltern zu, dankt Lehrern, sucht direkt und in Internet-Chats das Gespräch mit Schülern und erklärt, dass Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen die beste Bildungspolitik machten – siehe Pisa und andere Schülerstudien. Sie fordert, dass die Diskussion über das dreigliedrige Schulsystem aufhören und die Qualität des Unterrichts verbessert werden müsse. Um die Klagen über gestresste Schüler am achtjährigen Gymnasium zu beenden, begrenzte sie den Nachmittags- und Fachunterricht.

Proteste gegen Studiengebühren und neue Studiengänge, Stolz auf Erfolge bei der Exzellenzinitiative

Beim größten Reformprojekt in dieser Legislaturperiode, der neuen Werkrealschule, hat Schick Anfang Februar einen überraschenden Kurswechsel angekündigt. Auch Hauptschulen mit nur einer Klasse pro Jahrgang können künftig Werkrealschule werden, wenn sie ein überzeugendes pädagogisches Konzept haben. Andernfalls müssten in den nächsten Jahren viele kleine Hauptschulen auf dem Land schließen – was die Regierung bisher bestritten hat. Ob es damit gelingt, die Abwanderung zu stoppen, ist offen – zumal es für die Werkrealschüler eine Hürde gibt, die Gymnasiasten und Realschüler nicht kennen. Sie dürfen die zehnte Klasse nur besuchen, wenn sie einen Notendurchschnitt von 3,0 oder besser haben. Längeres gemeinsames Lernen über die vierte Klasse hinaus, wie es viele Rektoren – wie die so genannten ober-schwäbischen Hauptschulrebelln – fordern, lehnt Schick ab.

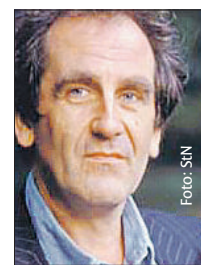
Nächste Woche wird eine von ihr beauftragte Kommission um den Pisa-Experten Jürgen Baumert vorstellen, wie Kinder aus benachteiligten Familien besser gefördert werden können. Ein Mittel sind für Schick die Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige, in denen Erzieher und Lehrer zusammenarbeiten. Weitere Schulen sollen Ganztagschulen werden. Dabei setzt die Landesregierung bisher überwiegend auf ehrenamtliche Jugendbegleiter. Zudem sollen die beruflichen Klagen über deren Verwendung etwa für Heizkosten statt für bessere Studienbedingungen ist es relativ ruhig geworden. Mehr Protest lösten die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge aus. Vor allem an den Universitäten beschwerten sich Studenten über überfrachtete Studiengänge und zu viele Prüfungen, die kaum noch Zeit für ein Auslandsstudium zuließen – dabei sollten sie Flexibilität und Internationalität erhöhen. Inzwischen hat Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) Nachbesserungen angekündigt. Zudem hat das Land die Zahl der Studienanfängerplätze erhöht – bis 2012 sollen es insgesamt 20 000 mehr sein, weil die Studentenzahlen steigen und 2012 zwei Jahrgänge Abitur machen. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht könnte sich die Situation weiter verschärfen.

Sehr erfolgreich war Baden-Württemberg bei der Exzellenzinitiative für die Hochschulen. Vier der bundesweit neun Eliteuniversitäten liegen im Südwesten – in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Konstanz. Zu den Aufgaben der neuen Regierung gehört es, sicherzustellen, dass diese weiter genug Geld haben, um ihre Arbeit auf dem jetzigen Niveau fortzusetzen.

Außensicht

Wagt euch!

Reinhard Kahl schreibt u. a. für die „Zeit“, „Geo“ und „Pädagogik“. Sein Dokumentarfilm „Treibhäuser der Zukunft“ zeigt, wie Schule gelingen kann.



Im Südwesten fällt eine Bildungslandschaft auf, wie man sie zwischen Hamburg und Bremen nicht zu sehen bekommt. Am Neckar wird sogar an der Autobahn auf Holderlin und Schiller hingewiesen. Und in jedem dritten Dorf irgendein Weltmarktführer wie Logitech. Unnachahmlich am Stuttgarter Hauptbahnhof Hegels Satz, „dass die Furcht, sich zu irren, der Irrtum selbst ist“. Tatsächlich bräuchten wir Schulen, in denen Kinder und Jugendliche Fehler machen dürfen. In manchen Firmen fragt sich das Management in einer Art Mittagsmeditation, „habe ich heute schon einen Fehler gemacht“? Wer das verneint, steht im Verdacht, noch nichts gemacht zu haben, zumindest nichts Neues. Der Fehler ist das Salz des Lernens. Davon können schwäbische Erfinder wie Arthur Fischer viele Geschichten erzählen. Und in den Schulen? Kann man eigene Wege und Umwege wagen, wenn sie mit dem Zugehörigkeitsversprechen geizen? Wenn keine einzige als Modellversuch Gemeinschaftsschule werden darf, was alle Schulen in den USA, in Skandinavien oder auch Japan sind? Schulen, die den Schülern uneingeschränkt sagen, ihr gehört dazu, es steckt mehr in euch, als ihr glaubt, wagt euch!

Andererseits: Die Bildungshäuser für Kinder von drei bis zehn gehören zu den vielversprechendsten Erneuerungen. Spielen und Lernen werden neu gemischt. Interessant ist, dass dort Schulen mehr von Kindergärten lernen als umgekehrt. Vielleicht liegt darin der Keim zu einer einfacheren und eleganteren Schullandschaft: eine Kinderschule bis zur Pubertät, eine Jugenderschule, die Spielraum für viele eigenwillige Häuser des Lernens hätte. Und dann Akademien und Unis, die diese Namen wieder verdienen. Jedenfalls Lernfabrik ade!

Die Serie im Überblick

Zur baden-württembergischen Landtagswahl am 27. März bieten wir Ihnen in einer sieben-teiligen Serie einen Überblick über die wichtigsten Wahlkampfthemen und die Positionen der fünf größten Parteien. Ergänzt wird unsere Analyse jeweils durch eine journalistische Außensicht.

26. Februar: Bildung

28. Februar: Finanzen

1. März: Verkehr

2. März: Energie

3. März: Bürgerbeteiligung

4. März: Sicherheit

5. März: Standort

Info

Was die Parteien alles besser machen wollen

CDU



- Es kommt nicht darauf an, welche Schule jemand besucht hat, sondern was er kann und gelernt hat, heißt es im Wahlprogramm der CDU. Der „Aufstieg durch Bildung“ müsse für alle möglich sein, die Durchlässigkeit des Schulsystems soll gestärkt werden, etwa durch 100 zusätzliche Klassen an Beruflichen Gymnasien. Am gegliederten Schulsystem nach der vierten Klasse wird nicht gerüttelt. Das letzte Kindergartenjahr soll kostenlos und damit verpflichtend werden.

SPD



- „Aufstieg durch Bildung und Leistung“ ist nur möglich, wenn Kinder früh gefördert werde, heißt es im SPD-Programm. Krippen – und schrittweise bis 2016 – auch Kindergärten sollen kostenlos werden. Die Schüler sollen länger gemeinsam lernen. Ziel ist die 10-jährige Gemeinschaftsschule – als Ganztagschule. Gymnasien können neunjährige Züge einführen. Behinderte Kinder sollen ihre Schule selbst wählen. Die Studiengebühren sollen abgeschafft werden.

Grüne



- Die Grünen wollen einkommensabhängige Gebühren für Kinderkrippen und -gärten, damit kein Kind vom Besuch abgehalten wird. Das gegliederte Schulsystem werde Kindern nicht mehr gerecht, heißt es in ihrem Programm. Deshalb sollen Schulen und Kommunen passende Modelle wie die Basisschule entwickeln, in der Kinder – auch behinderte – bis zur Klasse 10 gemeinsam lernen. Ganztagschulen sollen mehr Lehrer erhalten. Die Studiengebühren sollen abgeschafft werden.

FDP



- Die FDP stehe für ein „differenziertes Schulsystem und damit für mehr individuelle Förderung und Chancen“ – so das Programm. Sie will das gegliederte Schulsystem erhalten, Eltern bei der Grundschulempfehlung aber das letzte Wort geben. Statt Kindergartengebühren zu senken soll mehr Geld für Qualität und längere Betreuungszeiten ausgegeben werden. Gefordert wird auch eine bessere Kommunikation zwischen „Kultusbürokratie“ sowie Lehrern, Eltern und Schülern.

Linke



- Mit ihrer Bildungspolitik bevorzugt CDU und FDP „ihre besser verdienende Klientel“, schreiben die Linken in ihrem Wahlprogramm. Das dreigliedrige Schulsystem setze wenig Anreize, Schüler individuell zu fördern. Sie plädieren für eine Gemeinschaftsschule, in der Schüler bis zur zehnten Klasse gemeinsam „ohne Noten und Selektionsdruck“ lernen. Kommunen und Elterninitiativen sollen mehr Mitsprache erhalten. Studiengebühren werden abgelehnt.